



Petition 121245

Deutscher Bundestag - Einsatz einer Expertenkommission für eine sozial gerechte Finanzierung kurzfristiger Folgen der Coronakrise

Text der Petition	Mit der Petition "sozial gerechte Finanzierung der Folgen und Folgerungen aus der Coronakrise" wird eine interdisziplinäre Expertenkommission gefordert, die Umsetzungsvorschläge für das deutsche Steuersystem erarbeitet, um eine sozial gerechte Finanzierung der kurzfristigen Folgen der Coronakrise sicherzustellen sowie langfristig adäquate Folgerungen zu ermöglichen.
Begründung	Soll unsere Gesellschaft gestärkt aus der Krise herausgehen, wird es in den nächsten Monaten und Jahren darauf ankommen, sowohl die wirtschaftlichen Folgen der "Corona-Maßnahmen" als auch insbesondere den Aufbau von langfristig nachhaltigen Strukturen sozial gerecht zu gestalten und zu finanzieren. Die Coronakrise wirkt neben der direkten Betroffenheit durch Krankheit, Tod und wirtschaftlichen Bedrohungen wie ein Indikator für soziale Missstände und Ungleichheiten. Es wird deutlich sichtbar, wer in unserer Gesellschaft am meisten "verwundbar" ist. Diejenigen, die wirtschaftlich am "Rande der Gesellschaft" stehen, trifft die Pandemie am härtesten! SOLIDARITÄT ist heute mehr denn je gefragt! Deshalb darf es keine Denkschränken geben, wenn es darum geht, die Folgen und Folgerungen aus der Coronakrise sozial gerecht zu finanzieren! Unterscheidung von Folgen und Folgerungen: Mit „Folgen“ ist gemeint, dass durch die aktuellen Maßnahmen der Regierung unmittelbar wirtschaftlicher Schaden entsteht, der behoben bzw. gemildert werden muss. Diese „Folgen“ stehen in der aktuellen Diskussion und in den bereits geschnürten staatlichen Hilfspaketen im Vordergrund. Diese sind zweifelsfrei wichtig, greifen aber insgesamt nur kurzfristig und sind nicht systematisch mit sozialen und ökologischen Kriterien hinterlegt. Mit „Folgerungen“ ist gemeint, dass für eine „Zeit nach Corona“ veränderte, weniger anfällige und nachhaltigere Strukturen geschaffen werden müssen. Um diese von Einzelinteressen weitestgehend unabhängig zu machen und dabei soziale, ökologische und wirtschaftliche Kriterien gleichermaßen zu berücksichtigen, müssen diese primär von Seiten der öffentlichen Hand finanziert werden. Der Finanzbedarf an öffentlichen Mitteln wird dadurch weiter steigen und damit auch die Relevanz von neuen bzw. bisher noch nicht eingesetzten oder ausgeschöpften Finanzierungsinstrumenten. Diese langfristige Betrachtung betrifft zum einen alle Bereiche, die im Falle einer erneuten Pandemie (ggf. mit einem noch gefährlicheren Virus) besser vorbereitet sein müssen, um Menschen direkt zu schützen und zu helfen. Hierzu zählt insbesondere das Medizin-, Gesundheits- und Pflegewesen. Zum anderen müssen

aber auch Bereiche langfristig gestärkt und finanziert werden, die unsere Gesellschaft insgesamt nachhaltiger und resilienter machen.

Finanzierungsbedarfe ergeben sich z. B. für

- die Entwicklung von neuen Impfstoffen
- die Erforschung von Wechselwirkungen zwischen Viruserkrankungen und anderen Belastungen wie Feinstaub und Schadstoffen
- die Untersuchung von Zusammenhängen zwischen der Herkunft und Verbreitung von Viren und dem Verlust von Biodiversität
- das Herausarbeiten von Begünstigungsfaktoren für psychische und körperliche Resilienz
- die Förderung von Stabilitätsfaktoren bei Wirtschaftskreisläufen durch nachhaltiges Wirtschaften
- die Stärkung der präventiven Wirkung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung
- die Forcierung der internationalen Zusammenarbeit